



ANTWORTEN DER PARTEIEN* AUF FRAGEN VON KINDERN UND JUGENDLICHEN



BILDUNG UND FORSCHUNG						
Wie kann es sein, dass es Schüler:innen gibt, die rechtsradikal oder rechtsextrem aus dem Geschichtsunterricht gehen?	Das wäre schlimm, wenn sich jemand im Geschichtsunterricht radikalisiert oder zu politischen Extremen neigt. Der Blick in die Vergangenheit sollte doch eigentlich gleich deutlich machen, wohin Extremismus – ob linker, rechter oder anderer Extremismus – führt und dass es sich lohnt, für unsere Werte und Grundrechte einzustehen.	Kinder sollen in der Schule lernen, dass Rassismus und Diskriminierung keinen Platz in unserer Gesellschaft haben. Vieelfalt muss vorgelebt werden und das Aushalten von Unterschieden muss erlernt werden. Es darf nicht nur die Vergangenheit gelehrt werden, sondern auch wie man streitet und am Ende in einem Kompromiss zusammen kommt. Schule muss vorleben, dass Diskriminierung und Rassismus geächtet werden und negative Folgen nach sich ziehen.	Hass und Gewalt haben keinen Platz in unserer Stadt, wir bekämpfen konsequent Demokratiefeindlichkeit und menschenverachtendes Gedankengut. Wir wollen Anti-Gewalt- und Anti-Konflikt-Trainings an Schulen finanziell gut ausstatten, ebenso Aussteigerprogramme. Schulen und Jugendeinrichtungen sollen „Werkstätten der Demokratie“ sein und auch demokratische Werte weitergeben, denn eine offene und inklusive Demokratie ist das beste Mittel.	Auch der pädagogisch beste Unterricht kann nicht verhindern, dass es einen gewissen Anteil von Menschen mit rechtsradikalen oder rechtsextremen Meinungen gibt. Oftmals hat dies mit der Prägung durch das Elternhaus oder durch Peergroups zu tun. Die Vorstellung, Menschen mit einer bestimmten ethnischen Hintergrund oder einer bestimmten Hautfarbe, seien weniger wert und sollten weniger Rechte haben, basiert auf Vorurteilen und das beste Rezept dagegen ist die Konfrontation mit der Realität durch persönliche Begegnung in der Schule und im sonstigen Alltag.	Die Schule ist (nur) ein entscheidender Faktor für die Bildung des Einzelnen. Sie ist kein Ersatz oder Reparaturbetrieb für die elterliche Erziehung und Wertevermittlung, die schon vor und auch jenseits des Unterrichts im sozialen Umfeld erfolgt. Trotzdem können auch Schulen mehr für die geschichtspolitische Bildung tun. Leider wurde das Fach Ethik in Berlin eingeführt, ohne die Stundenzahl für gesellschaftswissenschaftlichen Fächer entsprechend zu erhöhen. Deshalb findet weniger Geschichtsunterricht statt als erforderlich wäre, um Schülerinnen und Schüler und damit die Demokratie gegen extremistische Angriffe zu wappnen.	Vermutlich aus den gleichen Gründen wie bei linksextremen Schülern (die es viel zahlreicher geben dürfte in Berlin): Bei manchen fällt der Groschen eben erst später. Es gibt ja das schöne Wort: „Wer mit 20 kein Sozialist ist, hat kein Herz. Wer mit 30 immer noch einer ist, hat kein Hirn.“ Gift bei Rechtsextremisten vermutlich so ähnlich.
Haben Sie vor, Schulen zu modernisieren/ technisch besser auszustatten?	Das fordern wir seit Jahren. Das Kreidezeitalter muss endlich beendet werden. Die CDU geführte Bundesregierung hat dem Senat für die Digitalisierung unserer Berliner Schulen 256 Millionen Euro bereitgestellt. Aber es geht leider nicht voran – diese Mittel werden extrem schleppend abgerufen. Dasselbe gilt für die Schulanschlüsse- und Neubaufensive. Unsere Vorschläge für mehr Tempo wurden von SPD, Grünen und Linken alternativlos abgelehnt.	Jede Schule soll schnellstmöglich einen Glasfaseranschluss, WLAN, genügend Endgeräte und eine funktionierende Lernplattform bekommen. Damit dies gelingt, wollen wir ein landeseigenes Unternehmen gründen, das den Glasfasernetzanschluss prioritär durchführt. Wir brauchen aber auch pädagogisch sinnvolle Konzepte für digitale Lern- und einen modernen Lehrplan, der z. B. das Erkennen von Fake News und den Umgang mit Cyber Mobbing aufgreift.	Selbstverständlich! Mit der Berliner Schulbauoffensive werden bis 2026 rund 5,5 Mrd. Euro in die Sanierung und den Neubau investiert. Wir machen Schulen zukunftsfähig und bereiten Schüler:innen auf das Leben in der digitalen Welt vor. Wie man Medien und das Internet sicher nutzen kann, soll auch im Unterricht erlernt werden. Dafür bilden wir Fachkräfte und Lehrer:innen weiter.	Ja. Digitale Bildung dient der Förderung vernetzten Denkens und dem Erlernen moderner Kulturtechniken. Wir wollen die Digitalkompetenzen in der pädagogischen Ausbildung und durch Fortbildungen stärken. Wir wollen ein landesweites Bildungskompetenzzentrum sowie einen Beirat für digitale Bildung unter Beteiligung der Schulen. Die IT-Beauftragten brauchen mehr Freistellungsstunden, um die Schulen aktiver bei der digitalen Schulentwicklung zu unterstützen. Alle Schüler:innen brauchen digitale Endgeräte, sie sind Teil des Existenzminimums und sollen im Rahmen von Transferleistungen finanziert werden.	Die FDP fordert seit langem und schon vor der Pandemie, die Schulen für die Digitalisierung fit zu machen. Dazu gehören leistungsfähige Computer, moderne Bildungsplattformen, funktionierende Konferenzsoftware, sichere Datenverbindungen, stabiles Wi-Lan und leistungsfähige Verbindungen an die „Datenautohahn“ via Breitband (durch z. B. Glasfaseranschlüsse). Lehrkräfte sollen durch geeignete Software und Personal von Verwaltungsaufgaben entlastet und technisch unterstützt werden, um sich stärker um Schüler kümmern zu können. Lehrerinnen und Lehrer müssen durch verstärkte Aus- und Fortbildung für die Digitalisierung qualifiziert werden.	Wir wollen nicht, dass der ganze Unterricht nur noch auf dem Laptop stattfindet, aber die Digitalisierung muss schnellere Fortschritte machen, auch und gerade an den Schulen. Drahtlosnetzwerke und schnelle Internetverbindungen muss es dort geben. Auch die ganze andere Infrastruktur wie die Toiletten muss saniert werden - da gibt es einen großen Stau in Berlin.

SATDENTWICKLUNG, VERKEHR UND UMWELT

Wie weit können Kinder in der Politik mitreden, z. B.: beim Thema Umwelt und erneuerbare Energien?	Da gibt es jede Menge Möglichkeiten. Es gibt den Landesschülerausschuss, in einigen Bezirken auch Kinder- und Jugendparlamente, Sprechstunden mit unseren Abgeordneten. Letztere in Pandemiezeiten selbstverständlich online oder telefonisch. Wäre jetzt nicht Corona, kämen sie auch gern mal zum Gespräch in Eure Klassen und in Eure Jugendzentren. Mitreden kann und soll jeder - erst recht bei Zukunftsthemen wie Umwelt- und Klimaschutz.	Kinder und Jugendliche haben das Recht, bei allen Themen mitzureden. Deswegen wollen wir Formate der Kinder- und Jugendbeteiligung fördern, damit ihr euch zum Beispiel bei Fragen von Klimaschutzmaßnahmen einbringen könnt. Damit Jugendliche ihr Mitspracherecht wirklich umsetzen können, dürfen sie auch von Wahlen nicht ausgeschlossen werden. Deshalb setzen wir uns für die Absenkung des Wahlalters in einem ersten Schritt auf 14 Jahre ein.	Es ist wichtig, dass Kinder sich einbringen und ihre Meinung vertreten. Kinder können sich z. B. ganz konkret in den Jugendräten der Bezirksparlamente engagieren. Wir wollen außerdem, dass sich Schüler:innen intensiver beteiligen und bei Entscheidungen mitwirken können, egal ob in der Schule oder in der Freizeit. Außerdem wollen wir das aktive Wahlalter auf 16 Jahre herabsetzen.	Bei der LINKEN kann jede und jeder - unabhängig vom Alter - mitmachen. Mitglied kann man bei uns ab 14 Jahren werden - früher geht es aufgrund des Bürgerlichen Gesetzbuchs nicht. Kandidieren kann man nach dem Wahlgesetz erst ab 18 Jahren. Wir stellen gerne auch junge Menschen auf. Politischen Einfluss kann man auch als junger Mensch durch die Mitarbeit in Vereinen, Initiativen und Projekten nehmen und DIE LINKE beteiligt diese auf Augenhöhe.	Kinder und Jugendliche haben 2019/2020 sehr deutlich bewiesen, dass sie die öffentliche Meinungsbildung beeinflussen können. Jenseits plakativer Überschriften und Forderungen liegt der Erfolg politischer Anliegen immer in seiner alltagstauglichen Umsetzung. Kinder und Jugendliche können im Dialog mit Erwachsenen auf ihre Bedürfnisse aufmerksam machen und für verantwortungsbewusste Verhaltensanpassungen werben. Jedes Kind kann seine Eltern wissen lassen, dass es nicht in den Urlaub fliegen oder im elterlichen Auto zur Schule gefahren werden möchte, sondern naheliegende Reiseziele ansteuern und den Nahverkehr nutzen möchte.	Mitreden können sie immer. Sollen sie sogar, denn das gehört zum Erwachsenwerden. Entschieden werden die Dinge aber von den Erwachsenen, weil die alt genug sind, weitreichende Entscheidungen zu treffen.
Warum wird die Energiewende aktiv gebremst (z. B. durch das Windmühlenabstandsgesetz)?	Im Gegenteil: Der Anteil erneuerbarer Energien lag 2020 bei 46 Prozent und damit höher als erwartet (erwartet wurden 35 Prozent). Es geht also schneller voran trotz des umstrittenen Abstandsgesetzes. Dieses Gesetz ist das Ergebnis zunehmender Kritik und Widerstände von Umweltschützern und Bürgerinitiativen gegen die „Verspargelung“ der Landschaft und gegen die Bedrohung vieler Vögel. Insofern hat diese Regelung als sinnvoller Kompromiss eine Berechtigung.	Wir Bündnisgrüne sind der Turbo für die Energiewende. Wenn wir jetzt nicht handeln, wird es bald zu spät sein! Wir wollen, dass die gesamte Energie, die in Berlin benötigt wird, aus erneuerbaren Quellen, wie Sonne oder Wind kommt. Deshalb haben wir die Solarpflicht in Berlin eingeführt, deshalb wollen wir bis 2030 auf allen städtischen Gebäuden Solaranlagen. Wieso andere sie ausbremsen, müsst ihr sie fragen.	Klimawandel und Wirtschaftspolitik besser zu verbinden ist eines unserer größten Vorhaben. Berlin verfügt über viele Unternehmen und Forschungseinrichtungen, die gute Lösungen für die Energiewende entwickeln. Das wollen wir fördern. Abstandsregelungen schützen die Gesundheit der Einwohner:innen. In Berlin sind die Möglichkeiten für Windenergie leider begrenzt. Deshalb wollen wir die Solarenergie stark ausbauen.	Anwohner:innen sind mit ihren Bedenken z. B. wegen Lärmemissionen zu beteiligen, aber die Abstandsregeln der CDU-SPD-Bundesregierung für Windräder sind deutlich zu groß bemessen, die pauschale Festsetzung ist fragwürdig und die Auslegung auf nur fünf Wohnhäuser zu eng. Der klimapolitische Sprecher der Linksfraktion im Bundestag hat gewarnt, die Bundesregierung breche auf diese Weise mit der Windenergie das Rückgrat der Energiewende.	Die Energiewende wird aktuell mit großem Aufwand und hohen Investitionen vorangetrieben. Bei der Installation von Windkraftanlagen muss aber auch Rücksicht auf Landschaft, Artenschutz und Belastungen der Bevölkerung genommen werden. Deshalb müssen auch Windkraftanlagen bauliche Auflagen erfüllen. Die Energiewende benötigt auch sehr viel mehr als nur Windkraftanlagen, diese allein sind deshalb kein Maßstab für das Vorankommen der Energiewende.	Es gibt viele Gründe, die ökokommunistische De-Industrialisierung Deutschlands abzulehnen. Die lurchbaren Windräder, die unsere Heimat verschandeln und unseren Strom immer teurer machen, sind nur ein Grund, warum sich immer mehr Bürger gegen diesen Wahnsinn wehren. Auch das Sterben von Insekten und von seltenen Vogelarten durch die tödlichen Windräder gibt vielen Leuten zu denken.
Warum haben Sie erst so spät etwas gegen den Klimawandel unternommen?	Zum einen gibt es im Bereich Umweltschutz genauso wie in anderen Politikbereichen nicht schwarz und weiß. Lange waren Atomkraftwerke – da sie kein CO ₂ ausstoßen – ein Baustein der Politik in Deutschland gegen den Klimawandel. Richtigweise hat sich die CDU geführte Bundesregierung nach der Atomkatastrophe in Fukushima aber für die Abschaltung der deutschen Atomkraftwerke entschieden. Das war gut, half uns aber beim Kampf gegen den Klimawandel nicht.	Wir Grünen kämpfen schon seit unserer Gründung für den Schutz von Klima, Umwelt und Natur. Die Bundesregierung hat das Thema viel zu lange verschlafen. Auch in Berlin gab es viel Nachholbedarf, als wir 2016 an die Regierung kamen. Seitdem haben wir die Klimanotlage ausgerufen, die Mobilitätswende eingeleitet, den Kohleausstieg und die Solarpflicht beschlossen. Den Weg wollen wir weitergehen und Berlin so schnell wie möglich klimaneutral machen.	Wir verstehen den Klimawandel als Thema für alle Politikbereiche in Berlin und wollen diese konsequent auf mehr Klimafreundlichkeit ausrichten. Seit Jahren hat die SPD im Bundestag für ein Klimaschutzgesetz gekämpft. Freiwillige Absichtserklärungen helfen langfristig nicht weiter, wichtig sind verbindliche Regeln! Der Klimaschutz muss auch sozial gerecht gestaltet werden und darf die Gering- und Normalverdiener nicht zusätzlich belasten.	DIE LINKE durfte noch nie Regierungsverantwortung im Bund übernehmen, wo die entscheidenden Weichen gestellt werden und ist somit nicht verantwortlich für die verfehlte Klimapolitik der Bundesregierungen der letzten Jahrzehnte. In der Regierungsverantwortung in Berlin haben wir bspw. erfolgreich durchgesetzt, dass im Heizkraftwerk Klingenberg keine Verfeuerung von Braunkohle mehr erfolgt.	Maßnahmen gegen den Klimawandel bestehen bereits seit über 30 Jahren. So gab es in Deutschland 1991 das erste Erneuerbare-Energien-Gesetz weltweit, dies hat den Anteil Erneuerbaren Energien beim Strom massiv erhöht. Klimaschutzliche Emissionen aus allen Bereichen werden seit dem Kyoto-Protokoll 1997 weltweit verpflichtend gesenkt. In Deutschland sind seit 1990 die Emissionen dadurch bereits über 42% gesunken, dies reicht allerdings noch nicht aus.	Die Story von der vom Menschen ausgelösten Erderwärmung ist eine interessante These. Benutzt euren eigenen Verstand. Lasst euch nicht mit Fake-Informationen wie „soundsowiele Experten sind einer Meinung“ für dumm verkaufen. So etwas stellt sich bei genauerem Hinweisen oft als manipuliert heraus. Mit der Geschichte von der Erderwärmung verdienen viele Leute einen Haufen Geld.

JUSTIZ UND VERBRAUCHER:INNENSCHUTZ

Was tun Sie gegen rechte Polizeigewalt?	Gegen Gewalt – egal, ob von wem sie mit welcher Motivation ausgeht wird – muss mit der vollen Härte des Rechtsstaats vorgegangen werden. Sogenannte Bodycams können hier helfen. Wir fordern sie schon sehr lange – SPD, Grüne und Linke haben sie lange verhindert. Nun kommen sie endlich – dürfen aber wegen eines sehr restriktiven Gesetzes, das SPD, Grüne und Linke gegen unsere Stimmen im Berliner Abgeordnetenhaus verabschiedet haben, nur eingeschränkt eingesetzt werden. Das wollen wir ändern!	Diskriminierung und rassistische Tendenzen in der Polizei dürfen in Berlin keinen Platz mehr haben! Deshalb ist es entscheidend, gegenüber solchen Tendenzen klar vorzugehen. Bezogen auf die rechtsextreme Terrorserie in Neukölln bedeutet dies, dass es eine umfassende Aufklärung, einen Untersuchungsausschuss und klare Konsequenzen daraus geben muss. Zudem fordern wir eine Studie zu Rassismus bei der Polizei.	Die Vorfälle nehmen wir sehr ernst und stellen daher unmissverständlich klar: Gegen Extremist:innen in Sicherheitsbehörden gehen wir konsequent vor. Wichtig ist, dass wir nicht alle Polizist:innen pauschal verdächtigen. Öffentlichen Einrichtungen sollen sich mit Rassismus auseinandersetzen, dazu führen wir Einrichtungen ein. Für Bürger:innen wird es einen Polizeibeauftragte(n) als Ansprechpartner außerhalb der Polizei für solche Fälle geben.	DIE LINKE fordert, Racial Profiling in den Sicherheitsbehörden zu verbieten, Einstellungsmuster von Polizist:innen regelmäßig zu untersuchen, einen starken Polizeibeauftragten als Anlaufstelle für anonyme Eingaben, einen transparenten Umgang mit Missständen in der eigenen Behörde, eine Ausweitung der Themen Rassismus und Diskriminierung in der Polizeiaus- und -fortbildung und eine konsequente Ahndung bei Vorfällen von Rassismus und rechter Gewalt.	Den sich pauschale Urteile und ein Generalverdacht gegen alle Kräfte im Dienst der Berliner Polizei verbieten, dürfen Einzelfälle schädlichen Verhaltens nicht das Bild der Berliner Polizei bestimmen. Fehler müssen aufgeklärt, nachgewiesene Verstöße gegen Vorschriften und Gesetze streng geahndet werden. Ordnungskräfte, die die freiheitlich-demokratische Grundordnung aufgrund welcher Motive auch immer nicht achten und sogar verletzen, haben in Berlins Polizei keinen Platz. Es spricht für unser Rechtssystem, wenn Polizei und Justiz ohne Ansehen der Person tätig sind, um das Recht auch gegenüber gestrauchelten Gesetzeshütern durchzusetzen.	Polizisten müssen manchmal Gewalt anwenden. Oder glaubt jemand, ein Bankräuber ließe sich mit netten Worten stoppen? Wenn also Polizeigewalt manchmal notwendig ist, dann muss sie natürlich weltanschaulich neutral daherkommen. Das heißt, sie darf nicht links oder rechts oder was auch immer sein. Der Staat muss sich an seine Gesetze halten und nicht fragen, was welche Gesinnung jemand hat. Aktuelle Fälle „rechter Polizeigewalt“ aus Berlin sind uns indes nicht bekannt. Daher lautet die Antwort: nichts.
--	---	---	---	---	---	--

JUGEND

Werden Sie für Jugendprojekte und Freizeitangebote mehr Mittel einsetzen?	Wenn uns die Ideen und Konzepte überzeugen, dann sollte das möglich sein. Denn Jugend braucht Freiräume. Gut, dass es die Jugend- und Familienstiftung des Landes Berlin mit ihren Möglichkeiten zur Projektförderung und den Jugenddemokratiefonds gibt. Der Jugenddemokratiefonds, der ebenfalls Projekte fördert, wurde mit unserer Mitwirkung in der letzten Wahlperiode des Abgeordnetenhauses eingeführt. Wir ermuntern alle, Projektanträge bei diesen beiden Einrichtungen einzureichen.	Jugendliche sollen über alle Angelegenheiten, die sie betreffen, mitsprechen und sichere Räume haben, die sie selbst gestalten. Wir wollen in der Stadtentwicklung, mit Streetworker:innen in der offenen Jugendarbeit und mit selbstverwalteten Jugendfreizeiteinrichtungen und -clubs die Möglichkeiten für Jugendliche dauerhaft verbessern, sich selbst zu verknüpfen. Auch die Vielfalt des internationalen Jugendaustauschs wollen wir sichern.	Ja! Wir stärken die Jugendbildungsstätten und den Jugenddemokratiefonds, die Landeszentrale für politische Bildung und machen das Freiwillige Soziale Jahr attraktiver! Außerdem wollen wir mehr Räume für Kinder- und Jugendprojekte zur Verfügung stellen.	Mit dem Jugendförder- und Beteiligungsgesetz hat Rot-Rot-Grün die Voraussetzungen geschaffen, die Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern und auszubauen. Es muss in allen Bezirken Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Ferienreisen, internationale Begegnungen und kulturelle sowie andere Freizeitangebote geben. Kinder und Jugendliche sollen an allen diesbezüglichen Entscheidungen im Rahmen der bezirklichen Jugendförderpläne beteiligt werden.	Der Status soll gehalten werden. Es wäre aber mit Blick auf die gestiegene Schuldenlast Berlins und des Bundes unredlich, Kindern und Jugendlichen mehr Ausgaben zu verschreiben, die sie mit ihrer Kinder künftig über höhere Steuern und Abgaben bezahlen müssen. Das Ziel, den breiten Bestand zu sichern, ist in dieser Situation schon anspruchsvoll genug, aber alle Mühe wert.	Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Familien steuerlich entlastet werden, damit sie ihren Kindern ein schönes Zuhause und mehr Möglichkeiten bieten können wie es im Hochleistungsland Deutschland derzeit der Fall ist.
Spielflächen, Naturbewegungsräume und Sportflächen in unmittelbarer Umgebung sind besonders für Kinder und Jugendliche wichtig. Wie wollen Sie mit Ihrer Partei diese Freiflächen in der Stadt für die Zukunft sichern und ausbauen?	Wir haben in der letzten Wahlperiode das Spielplatzsanierungsprogramm auf den Weg gebracht. Denn Spielplätze müssen auch Spielgeräte haben, die gut benutzbar sind. Wir wollen keine Spielplätze voll mit kaputten Spielgeräten! Bei Sportflächen müssen wir mutiger werden! Paris hat auf dem Dach von Doppelturnhallen oft noch einen Freiplatz mit hohem Netz – in Berlin sind Doppelstockturnhallen leider die große Ausnahme. Auch hier gilt aber: Jugend braucht Freiräume. Hier muss bei künftigen Baumaßnahmen gleich mehrstöckig gebaut werden.	Nur eine grüne Stadt ist eine lebenswerte Stadt. Daher kämpfen wir für den Schutz von Grünflächen, sei es das Tempelhofer Feld, Parks, Grünstreifen, Kleingärten oder Friedhöfe. Unser Ziel ist es auch, die Grün- und Erholungsgebiete weiter auszubauen. Entsiegelungen wie an der Karl-Marx-Allee wollen wir weiter vorantreiben, mehr Urban-Gardening-Möglichkeiten schaffen, Parkplätze zu Pocket Parks verwandeln und noch mehr Straßenbäume pflanzen.	Kinder brauchen Orte in der Stadt, an denen sie sich frei bewegen und draußen aufhalten können. Wir setzen uns für eine Verkehrsinfrastruktur ein, die Kinder nicht gefährdet und ihnen einen sicheren Platz zum Spielen und frei bewegen schafft. Sport- und Spielflächen werden altersübergreifend noch kreativer und barriereärmer gestaltet und saniert. Wir wollen neue Spielflächen bauen. Kinder und Jugendliche werden dabei in die Planung einbezogen.	DIE LINKE will, dass auf öffentlichen Flächen mehr frei nutzbare Sportgeräte installiert werden, die Schulschwimmzentren ausgebaut werden, bedarfsgerecht Sportanlagen gebaut und ausgebaut werden, dass für jede aufzugebende Sportanlage Ersatz bereitgestellt werden muss, dass bei großen, auch privaten Bauprojekten Sportanlagen verbindlich mit zu planen sind und geeignete große Dachflächen in Sportflächen verwandelt werden.	Berlin gehört zu den grünsten Großstädten Europas. Die Berlinerinnen und Berliner lieben ihre Parks, Grün- und Sportanlagen. Sie nutzen sie intensiv. Gleichzeitig steigt die Flächenkonkurrenz durch den Bedarf an Wohnungen in einer hoffentlich bald wieder wachsenden Stadt. Wir werben hier für den Ausgleich zwischen den Bedürfnissen von Anwohnern, Sporttreibenden und Erholungssuchenden. Industrie-, Dach- und Fassadenbegrünungen können die Lebensqualität in der Stadt verbessern. Statt teurer neuer Prestigeprojekte wie dem Flussbad in Mitte muss der Erhalt und die Pflege vorhandener Schwimmbad- und Sportstätten in den Blick genommen werden.	Ein ganz wichtiger Punkt ist: Wir wollen mehr Wohneigentum. Der beste Spielplatz ist der eigene Garten hinter dem eigenen Haus. Wo das nicht möglich ist, muss es Spielplätze, Sportstätten und andere Flächen geben, auf denen auch und gerade junge Berliner Zeit verbringen können.
SOZIALES						
Warum helfen Sie den Armen nicht und warum gibt es Menschen die auf der Straße leben müssen?	Menschen in Armut und auf der Straße verdienen besondere Aufmerksamkeit. Deshalb unterstützen wir sie. Auch sie erhalten Unterstützung vom Staat und es gibt zahlreiche Hilfs- und Beratungsangebote, die wir ideenreich weiterentwickeln. Unser Fraktionsvorsitzender hilft nicht nur regelmäßig mit vielen anderen CDU-Angeordneten beim traditionellen weihnachtlichen Gänseessen für Obdachlose von Frank Zander mit, er hat auch in Zusammenarbeit mit einer Wohnungsbaugesellschaft Wohnungen vermittelt und für die Wohnungslosentagesstätte in Schöneberg für Obdachlose eingekauft und sich dort aus erster Hand über die Probleme informieren lassen.	In Berlin haben wir seit 2016 bei der Bekämpfung von Armut viel geschafft. Wir haben in der Mietsenpolitik viel erreicht, das kostenlose BVG-Ticket für Schüler*innen, kostenlose Bioessen in den Grundschulen eingeführt und wollen mit einer Kindergrundsicherung Kinder gegen Armut schützen. Wir setzen uns das Ziel, die Obdachlosigkeit bis 2030 zu beenden und allen, z. B. nach dem Konzept von Housing-First, eine Wohnung anzubieten.	Wir wollen, dass kein Mensch auf der Straße leben muss. Mit dem Konzept „Housing First“ wollen wir den Leuten helfen. Sie sollen eine Wohnung finden. Die SPD hat außerdem den Mindestlohn und die Grundrente eingeführt, in Berlin haben wir die Bildung gebührenfrei gemacht, damit bleibt mehr Geld im Portemonnaie. Künftig sollen Schulen und Kitas gemeinsam mit den Bezirken auf Familienarmut achten, damit alle Kinder gut aufwachsen können.	Die Armutszunahme ist das Ergebnis einer skandalösen Umverteilungspolitik auf Bundesbene von unten nach oben. In Berlin haben wir u. a. die Beförderungsentgelte für sozial Bedürftige gesenkt, kostenfreies Schulessen eingeführt, das Vergabegesetz novelliert, die Tarifreue gestärkt, den Vergabe- und Landesmindestlohn auf 12,50 Euro erhöht, anonyme Krankenscheine eingeführt, die Kältehilfe für Wohnungslose ausgeweitet und Verdrängung entgegengewirkt.	Die FDP hat als Oppositionspartei im Bund und Land keine echte Mitwirkungsmöglichkeiten. Wir sehen, dass selten zuvor so viel Geld für soziale Leistungen ausgegeben wurde wie heute. Trotzdem besteht Unzufriedenheit über die Höhe und Wirksamkeit von Unterstützung. Wir wollen Bedürftigen zielgerichtet helfen, sie nicht in staatlicher Abhängigkeit halten, sondern unterstützen, ihren Lebensunterhalt selbst zu bestreiten und ihnen sozialen Aufstieg ermöglichen. Wir wollen Armut und Wohnungslosigkeit aktiv verhindern, statt Klagen zu verwalten.	Die Alternative für Deutschland hat wenig Einfluss auf das staatliche Handeln. Insofern ist die Frage unfair, warum wir den Armen nicht helfen würden. Tatsache ist: Der deutsche Staat gibt sehr viel Geld für Sozialleistungen aus – aber leider werden die Probleme dadurch oft nicht gelindert. Tatsache ist übrigens auch: Es wird immer Armut geben. So ist das Leben. Jeder einzelne hat es in der Hand: sowohl sich selbst zu helfen, als auch anderen.

ROLLE VON POLITIKER:INNEN

Haben Sie schon mal eine falsche Entscheidung getroffen und hätten Sie es gerne rückgängig gemacht?	Die Entscheidung zur Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke kurz vor der Entscheidung zur Abschaltung der Atomkraftwerke war aus heutiger Sicht eine falsche Entscheidung. Aber es war gut, dass dann in Anbetracht der Katastrophe von Fukushima die richtige Entscheidung getroffen worden ist.	Na klar. Politiker:innen sind auch nur Menschen, denen ab und an Fehler passieren. Als Politiker:innen tragen wir eine hohe Verantwortung, da wir die Bürger:innen vertreten und wir gewählt werden, um uns für ihre Interessen stark zu machen. Wichtig ist, die Größe zu haben, Fehler auch einzugestehen und daraus zu lernen.	Auch in der Politik muss man dazulernen und Entscheidungen überdenken. Das machen Politikerinnen und Politiker ständig. Manche Entscheidungen, gerade in der aktuellen Situation, sind nicht einfach und müssen gut abgewogen werden.	Selbstverständlich. Es hat aber keinen Sinn, mit Fehlentscheidungen der Vergangenheit zu hadern. Man muss versuchen, aus Fehlentscheidungen zu lernen, um es das nächste Mal besser zu machen.	Jede politische Entscheidung erfolgt unter dem Eindruck der zum Entscheidungzeitpunkt geltenden Rahmenbedingungen und Erkenntnisse. Die Entscheidung nach bestem Wissen und Gewissen schließt nicht aus, dass getroffene Entscheidungen im Nachhinein als unglücklich erscheinen. Niemand aber kann die Zeit zurückdrehen, so sehr er oder sie es auch wollte.	Jeder trifft mal falsche Entscheidungen. Wichtig ist es, daraus die richtigen Konsequenzen zu ziehen. Leider lässt sich nicht alles rückgängig machen. Aber das ist auch ein wichtiger Lernprozess. Franz Josef Strauß hat mal gesagt: „Iren ist menschlich, aber immer irren ist sozialdemokratisch.“
Was wollen Sie als Politiker:in ändern/besser machen?	Wir wollen, dass die Dinge wieder besser laufen in Berlin. Wir wollen mit der Verbeamtung von Lehrern viele gut motivierte junge Lehrer in der Stadt halten oder für Berlin gewinnen. Wir wollen Jugendzentren erhalten und neue Freiräume für Jugendliche schaffen. Das geht nicht mit Egoismus. Die Macher von Potse haben der Jugend in Berlin mit der rechtswidrigen Besetzung von Räumlichkeiten geschadet – es mussten enorme Beträge an Schadenersatz gezahlt werden – die fehlen an anderer Stelle für gute Jugendarbeit. Wir wollen, dass auch in der Verkehrspolitik langfristig gedacht wird. Bahnen gehören unter die Erde: oben wollen wir Platz für Fahrräder, Fußgänger, Freiflächen und den Autoverkehr. Und wir möchten eine Stadt, in der sich junge Leute für Kinder entscheiden und dann auch genügend Kindergartenplätze finden.	Wir wollen die Klimakrise radikal bekämpfen: Kohlekraftwerke müssen abgeschaltet werden, Autos raus aus der Stadt, die Dächer voller Solaranlagen glitzern. Wir wollen, dass alle Kinder die gleichen Chancen durch gut finanzierte Schulen haben. Mieten begrenzen wir, damit keine Familie Angst um ihr Zuhause haben muss. Wir kämpfen für eine offene Gesellschaft, in der es egal ist, wie viel Geld ihr habt, woran ihr glaubt und wen ihr liebt.	Ich arbeite dafür, dass es jedes Kind packt. Wichtig ist nicht, woher man kommt, sondern wohin man will. Wir wollen, dass die guten Eigenschaften Berlins auch wirklich allen Menschen in Berlin zu Gute kommen. Wir wollen eine Stadt der Zukunftsfähigkeit, eine soziale, sichere und ökologische Stadt, in der die Chancen für jedes Kind gleich sind. Eine Stadt, in der sich die Menschen freundlich begegnen und ihren Müll dorthin tun, wo er hingehört.	Ich bin bei der LINKEN, weil es für mich unerträglich ist, dass es in unserem reichen Land so viel Ausbeutung und Armut gibt und weil nur DIE LINKE den notwendigen ökologischen Umbau der Gesellschaft mit der sozialen Frage verbindet und angesichts der ökologischen Sackgasse den Mut hat, die kapitalistische Produktionsweise in Frage zu stellen, die auf Profitmaximierung auf Kosten von Mensch und Umwelt basiert.	Die FDP tritt dafür ein, den Notbetrieb der Kitas unter Beibehaltung von pandemiegerechten Hygienekonzepten für alle Kinder zu öffnen, deren Eltern dafür Bedarf sehen und zwar unabhängig von der Frage, ob der Senat die Eltern/Erziehberechtigten für systemrelevant hält. Wir haben außerdem beantragt, den Schulintritt über die Klassen 1 bis 6 auch für die Klassen 7 bis 9 mindestens im Wechselbetrieb aufrechtzuerhalten. Bildung ist ein Bürgerrecht. Es darf nicht vom sozialen Status abhängig gemacht werden. Nicht alle Familien haben die räumlichen, technischen und zeitlichen Ressourcen Homeschooling kindgerecht zu gestalten. Kinder brauchen ihr soziales Umfeld in Kita und Schule.	Unsere Ziele sind: mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung, weniger Bevormundung, weniger Steuern.

COVID-19 PANDEMIE

Wie weit werden Sie sich für das Wohl von Kindern einsetzen, besonders während der Covid-19-Pandemie im Lockdown?	Das Wohl aller Menschen, auch das von Kindern und Jugendlichen, steht bei der Pandemiebekämpfung im Mittelpunkt. Aber: Kinder brauchen Kinder und Jugendliche brauchen Jugendliche für ihre Entwicklung. Das hätte stärker berücksichtigt werden müssen. Kinder und Jugendliche sollten für ihr Mittragen der extrem harten Maßnahmen entschädigt werden. Hier sollen wir – je nach Dauer und Härte der Maßnahmen – die zum Zeitpunkt der Abgabe unserer Antworten ja noch andauern, entscheiden.	Wir haben seit Beginn der Pandemie gefordert, dass Kinder und Jugendliche in den Fokus rücken. Schulen und Kitas hätten z. B. mit Luftfiltern sicherer gemacht werden müssen. Für Zeiten, in denen wirklich geschlossen sein muss, braucht es gute digitale Ausstattung für Fernunterricht. Doch die Bundesregierung hat hier keine Priorität gesetzt. Wir werden weiter dafür kämpfen und Jugendliche in der Krise nicht allein lassen.	Gesundheitsschutz ist auch Kinderschutz. Die Faustregel ist: Kitas und Schulen haben Priorität und werden zuerst geöffnet, wenn es möglich ist und zuletzt geschlossen. Kinder und Jugendliche brauchen ihre Freunde und ihr gewohntes Umfeld, Schule ist nicht nur ein Ort zum Lernen, sondern auch für Begegnungen. Dafür trete ich in meiner politischen Arbeit tagtäglich ein!	DIE LINKE streitet seit Jahren für eine Kindergrundsicherung und zusätzlich aktuell für einen Krisenzuschlag für Hartz-IV-Bezieher:innen u. ein Corona-Elterngeld. Wir setzen uns dafür ein, dass aufgrund der monatelangen Ausnahmesituation in den Schulen Abstriche an die Fachlichkeit bei Abschlussprüfungen gemacht werden. Wir wollen die bestehenden Angebote für psychologische Betreuung von Schüler:innen ausbauen und mehr Krisenpräventionsplätze.	Die FDP tritt dafür ein, den Notbetrieb der Kitas unter Beibehaltung von pandemiegerechten Hygienekonzepten für alle Kinder zu öffnen, deren Eltern dafür Bedarf sehen und zwar unabhängig von der Frage, ob der Senat die Eltern/Erziehberechtigten für systemrelevant hält. Wir haben außerdem beantragt, den Schulintritt über die Klassen 1 bis 6 auch für die Klassen 7 bis 9 mindestens im Wechselbetrieb aufrechtzuerhalten. Bildung ist ein Bürgerrecht. Es darf nicht vom sozialen Status abhängig gemacht werden. Nicht alle Familien haben die räumlichen, technischen und zeitlichen Ressourcen Homeschooling kindgerecht zu gestalten. Kinder brauchen ihr soziales Umfeld in Kita und Schule.	Die Schulen haben zu viel Zeit vergeudet. Sie hätten früher auf Online-Unterricht und Wechsel-Unterricht umstellen sollen. Es ist jetzt wichtig, dass Pannen wie die mit Lernraum Berlin zum Lockereignis nicht mehr vorkommen. Wir befürworten Präsenzunterricht und Lockerungen, die Kindern die Möglichkeit geben, Gleichaltrige öfter als bisher zu treffen – draußen, beim Sport oder auch beim Besuch bei Freunden.
--	---	--	--	---	---	---